

# DRUCK + PAPIER

Nr. 1 | Februar 2014 | Jahrgang 152



Foto: verdi

## Nackte Tatsachen...

### und neuerlich die Frage nach dem letzten Hemd im Koalitionsvertrag

**MICHAELA BÖHM** | Nackt berühmt werden kann jeder. Aber halbnackt berühmt bleiben, ist nur den Druckern der »Süddeutschen Zeitung« vergönnt. Ihr Foto hängt seit sieben Jahren in Büros, Spinden und Werkhallen. 2007 haben sie sich aus Protest gegen die Rente mit 67 ausgezogen: Sie rauben uns das letzte Hemd! Damals war es eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD, die gegen den Widerstand der Gewerkschaften beschlossen hatte, dass die Menschen länger arbeiten sollen. Oder – wenn sie vorher aus dem Arbeitsleben ausscheiden – sich mit weniger Rente begnügen müssen.

Schon sind wir mittendrin: Wer dieses Jahr 65 Jahre alt wird, muss drei Monate länger arbeiten, um ohne Abschlüge in den Ruhestand gehen zu dürfen. Wer 1964 oder später geboren ist, darf erst mit 67 Jahren ausscheiden.

Die jetzige große Koalition, wieder mit Union und SPD, hat sich einen ganzen Packen an Veränderun-

gen für Erwerbstätige vorgenommen: vom Mindestlohn über die Leiharbeit bis hin zur Rente. Was als Rente mit 63 durch die Medien geisterte, hat Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) mit viel Tempo als erstes Gesetz der Koalition auf den Weg gebracht. Schon ab 1. Juli soll die neue Rentenregelung gelten.

#### *Viele Anfragen zur vorzeitigen Rente*

Bin ich dabei? Wann kann ich raus? Die Rente mit 63 ist zurzeit das wichtigste Thema aus dem Koalitionsvertrag in Kantinen und Raucherecken der Druckbetriebe und in der Papierverarbeitung. »Ohne Abschlüge nach 45 Jahren rauszugehen, finden die Kollegen richtig gut«, sagt Gunter Baumann, Betriebsratsvorsitzender beim »Mannheimer Morgen«. Er hat so viele Anfragen von Beschäftigten zu vorzeitiger Rente, dass ein Berater der Rentenversicherung in den Betrieb kommt, um Details zu erklären, so-

bald das Gesetz verabschiedet ist. »Besonders Schichtarbeiter sehnen sich geradezu danach, endlich aufhören zu können«, bestätigt auch Heinrich Hartmann von der Marburger Tapetenfabrik. Zumal es seit 2009 auch keine gesetzliche Regelung mehr für Altersteilzeit gibt. Da scheint die Rente mit 63 gerade recht zu kommen. Auch Hartmann will mit der Bewertung warten, bis das Gesetz da ist. Wenn er im Pausenraum erklärt, welche Voraussetzungen an die Rente mit 63 geknüpft sind und für wen sie vermutlich gelten wird, ist die Enttäuschung groß, sagt Sascha Kruse, Betriebsratsvorsitzender von Cofresco.

Kriegen wir das letzte Hemd zurück oder doch nicht? DRUCK+PAPIER hat den Koalitionsvertrag daraufhin durchforstet. Was steht genau drin? Was wird sich ändern und wo sind die Haken (Seiten 4/5)? Warum die Zeitungszusteller ungeduldig darauf warten, was sich beim Mindestlohn tut, steht auf den Seiten 10 und 11.

#### AUS DEM INHALT

**Lohntarifrunde:** Die Verhandlungen für die Druckindustrie sindverhalten gestartet. Unser Interviewpartner erklärt, warum ein kräftiger Zuschlag nötig ist.

Seite 3

#### **Wahlversprechen:**

Die Rente mit 63 soll schnell per Gesetz geregelt werden. Anderes kommt später. Oder doch nicht? *Seiten 4/5*

**Rat und Tat:** Gesund bleiben am Arbeitsplatz – ein wichtiges Thema, nicht nur für die Berufsgenossenschaft. *Seiten 8/9*

**Mindestlohn:** Keine Ausnahmen für die Zeitungszusteller! ver.di argumentiert für die 300.000 Beschäftigten. *Seiten 10/11*

## IN DIESER AUSGABE

... geht es mal wieder um Wahlversprechen. Und damit um Geld, natürlich. »Richtig teuer«, meint Ministerin Nahles, würden die Mütter. Die, die ihre Kinder schon vor 1992 geboren haben und deshalb bisher bei den Rentenkosten benachteiligt waren. Sie würden jetzt gleichgestellt. Von wegen! Wer lange genug mit seinen Kindern zu Hause war, bekommt einen zusätzlichen Rentenpunkt (nötig wären zwei!), viele Mütter erhalten Abschläge, bei anderen wird gegengerechnet. Also »teures« Stückwerk, das überwiegend aus Beitragsmitteln finanziert wird und die »Gerechtigkeitslücke« nicht schließt. Was die viel beschworene Rente mit 63 kostet, sagt bislang keiner. Weiß womöglich gar keiner. »Augen zu und durch« schien in der Sache eher die Devise. Unbenommen: Wer 45 Beitragsjahre erreicht und womöglich noch körperlich schwer oder im Schichtdienst gearbeitet hat, dem sei frühere, abschlagsfreie Rente absolut gegönnt. Klar ist jedoch schon jetzt: Das erreichen auch nach der Neuregelung nur wenige. Wer länger ausgebildet wurde, gar studiert hat, wer zur Kinderbetreuung etliche Jahre ganz aussetzte, wer Minijob an Minijob reihen oder mal Arbeitslosenhilfe in Anspruch nehmen musste – der oder gar die kommt nie in solche Regionen. Zeitungszusteller wahrscheinlich auch nicht. Um deren Mindestlohn wird immer noch gefeilscht.

Da erfreut doch eine Meldung, in der es um ganz andere Summen und doch gegen den Trend geht: »Börse am Sonntag«, Deutschlands größtes elektronisches Finanzmagazin, kommt Ende Februar auch – man höre – gedruckt auf den Markt. Das Online-Pflichtblatt, Teil der Weimer Media Group, erreichte bisher an jedem Sonntag 100.000 Abonnenten. Der Erfolg der Marke werde mit der Printedition erweitert, hofft man in München. Wir schließen uns gern an, empfehlen Qualitätspapier und mindestens Tariflöhne für die Drucker. Falls das Ding aus-

getragen wird, natürlich auch einen Wochenendzuschlag für die Zusteller.

HELMA NEHRlich

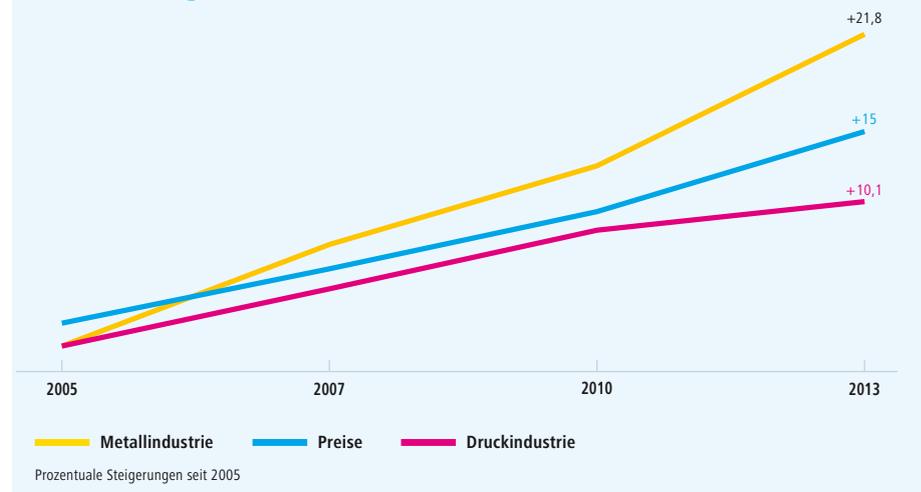
## HINWEIS

# Korrektur mit aktueller Ergänzung

Auch auf Arbeitgeberseite wird die DRUCK+PAPIER genau gelesen. Man machte uns auf einen Fehler in der Grafik auf Seite 4 in der letzten Ausgabe aufmerksam, der den Inflationsverlauf 2009

betraf. Es lag ein Übermittlungsfehler zugrunde, den wir bedauern. Die Darstellung korrigieren wir hier und ergänzen zugleich die Angaben für 2013 – als kleinen Beitrag zur laufenden Tarifrunde Druckindustrie.

## Preise steigen stärker als Tariflöhne in der Druckindustrie



## TERMINKALENDER

MAINZ, 15. NOVEMBER 2012 BIS 16. MÄRZ 2014, Gutenberg-Museum: Sonderausstellung »druckSachen«, [www.gutenberg-museum.de](http://www.gutenberg-museum.de)

LAGE-HÖRSTE, 16. BIS 21. FEBRUAR 2014, ver.di-IMK, Branchenseminar Handlungsmöglichkeiten für gesundheitsgerechte Arbeit in Verlagen, Druckindustrie und Papierverarbeitung, [www.imk.verdi.de](http://www.imk.verdi.de)

BERLIN, 19. UND 20. FEBRUAR 2014, Tagung des Bundesvorstands der ver.di-Fachgruppe Verlage, Druck und Papier, [www.verlage-druck-papier.verdi.de](http://www.verlage-druck-papier.verdi.de)

NAUMBURG (bei Kassel), 10. BIS 14. MÄRZ 2014, ver.di-IMK, Branchenseminar für Jugend- und Auszubildendenvertretungen: JAV II, [www.imk.verdi.de](http://www.imk.verdi.de), [www.jav.info](http://www.jav.info)

LAGE-HÖRSTE, 10. BIS 14. MÄRZ 2014, ver.di-IMK, Bildungsurlaubsseminar »Leben zwischen Online- und realer Welt – Umgang mit sozialen Netzwerken«, [www.imk.verdi.de](http://www.imk.verdi.de)

LAGE-HÖRSTE, 4. BIS 9. MAI 2014, Orientierungsseminar für neu gewählte Betriebsratsmitglieder in Verlagen, Druckindustrie und

Papierverarbeitung, [www.imk.verdi.de](http://www.imk.verdi.de)

LAGE-HÖRSTE, 11. BIS 16. MAI 2014, ver.di-IMK, Seminar für Betriebsräte der Wellpappeindustrie, [www.imk.verdi.de](http://www.imk.verdi.de)

LAGE-HÖRSTE, 18. BIS 23. MAI 2014, ver.di-IMK, Seminar für Betriebsräte der Faltschachtelindustrie, [www.imk.verdi.de](http://www.imk.verdi.de)

LAGE-HÖRSTE, 22. BIS 27. JUNI 2014, ver.di-IMK, Seminar für Betriebsräte der Tapetenindustrie, von Verpackungs-, Hygieneartikel- und Haushaltsprodukteherstellern, [www.imk.verdi.de](http://www.imk.verdi.de)

## IMPRESSUM

**DRUCK+PAPIER** – die ver.di-Branchenzeitung – erscheint für die Mitglieder der Alt-Fachgruppen Druckindustrie und Zeitungsverlage sowie Papier- und Kunststoffverarbeitung 2014 regulär acht Mal als Beilage zur ver.di-Mitgliederzeitung PUBLIK. 152. Jahrgang. **Herausgeber:**

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bundesvorstand/Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Frank Bsirske und Frank Werneke. **Redaktion:** Michaela Böhm, Andreas Fröhlich (verantwortlich), Helma Nehrlich, Paula Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Telefon: 030.6956-2318, Telefax:

030.6956-3654, [drupa@verdi.de](mailto:drupa@verdi.de). **Korrektorat:** Hartmut Breckenkamp. **Anzeigenverwaltung:** werkzwei, Ruth Schauder, Sachsenstr. 26, 32756 Detmold, Tel. 05231.7094454, E-Mail: [anzeigen@werkzwei.de](mailto:anzeigen@werkzwei.de). **Design und Vorstufe:** werkzwei, Detmold. **Druck:** apm AG, Darmstadt.

TARIFRUNDE DRUCKINDUSTRIE

# Kräftiger Nachschlag nötig

**5,5%**

- GUTE LEUTE ✓
- GUTE ARBEIT ✓
- GUTES GELD ○

MICHAELA BÖHM | Seit zehn Jahren verhandeln Gewerkschaft und der Arbeitgeberverband bvdm erstmals ausschließlich um die Löhne und Gehälter für die rund 145.000 Beschäftigten in der Druckindustrie. Und nicht um Maschinenbesetzung und 35-Stunden-Woche, die in den vergangenen Tarifrunden gegen die Arbeitgeber verteidigt werden mussten. ver.di fordert 5,5 Prozent mehr Lohn, Ausbildungsvergütung und Gehalt. Fragen an den Tarifexperten Reinhard Bispinck vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI).

**DRUCK+PAPIER:** *Vergleicht man die letzten Lohnabschlüsse der Druckindustrie mit anderen Branchen...*

Bispinck: ... hat die Druckindustrie sehr schlecht abgeschnitten. Nicht nur in exportstarken Branchen wie der Metall- und Elektroindustrie und der Chemieindustrie gibt es bessere Lohnabschlüsse, sondern auch im Bank- und Verkehrsgewerbe sowie dem Einzelhandel. In der Druckindustrie ist es dagegen seit Jahren nicht mehr gelungen, mit höheren Löhnen die steigenden Preise auszugleichen. Die Beschäftigten konnten sich von ihrem Lohn weniger leisten. Ich sehe hier einen kräftigen Nachholbedarf.

**D+P:** *Hätte sich ver.di besser auf Lohnsteigerungen konzentrieren sollen, statt die Arbeitszeit und Maschinenbesetzung aus dem Manteltarifvertrag zu verteidigen?*

Bispinck: Nein. Wenn sich die Arbeitgeber durchgesetzt hätten mit einer Arbeitszeit bis zu 40 Wochenstunden, hätte das bedeutet, für den gleichen Lohn länger arbeiten zu müssen, also pro Stunde weniger zu verdienen. Arbeitszeitverlängerung ist eine Lohnkürzung. Allerdings ist es dem Einzelhandel gelungen, den Manteltarifvertrag zu

Dr. Reinhard Bispinck leitet das Tarifarchiv am WSI in der Hans-Böckler-Stiftung.



Foto: Hans-Böckler-Stiftung.

verteidigen und trotzdem Lohn- und Gehaltssteigerungen durchzusetzen.

**D+P:** *Die ver.di-Forderung von 5,5 Prozent bezeichnet der Arbeitgeberverband als überzogen. Ist das so?*

Bispinck: Radikal ist die Forderung nicht. Noch wichtiger ist aber, tatsächlich auch mehr Geld durchzusetzen. Der Arbeitgeberverband in der Druckindustrie ist als hartleibig bekannt; allein gute Argumente und geschicktes Verhandeln werden nicht reichen für ein gutes Ergebnis.

**D+P:** *Der Chefvolkswirt der Commerzbank sagte, dass wir ein ordentliches Wirtschaftswachstum bekommen werden und die Phase moderater Lohnabschlüsse vorbei ist. Eine Einzelmeinung?*

Bispinck: Nein. Die Mehrheit der Ökonomen ist davon überzeugt, dass wir für eine positive wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland die

Binnennachfrage stärken müssen. Dazu gehören Investitionen durch den Staat und durch Unternehmen; aber auch der private Konsum muss angekurbelt werden. Wer zum Friseur oder ins Restaurant geht, einen Handwerker beauftragt, Zeitungen und Zeitschriften abonniert oder das Auto in die Werkstatt bringt, hilft, dort Arbeitsplätze zu sichern. Um sich das alles aber leisten zu können, müssen die Löhne steigen.

**D+P:** *Zuletzt wurde in der Druckindustrie wieder eine Einmalzahlung vereinbart. Ist das gut?*

Bispinck: Nein. Die Pauschale wird einmal gezahlt, einmal ausgegeben und weg ist sie. Sie wirkt sich nicht auf die Lohn- und Gehaltstabelle aus. Denn die nächste Lohnerhöhung setzt auf dem Niveau des vorherigen Lohnabschlusses an. Wer oft Pauschalen vereinbart, statt Tarife anzuhängen, riskiert einen dauerhaften Einkommensverlust. Pauschalen sind okay, um einige wenige Monate zu überbrücken.

**D+P:** *Was ist besser – eine kurze oder lange Laufzeit des Tarifvertrages?*

Bispinck: Ist die Laufzeit kurz, hat das den Vorteil, dass die Friedenspflicht schneller beendet ist und die Gewerkschaft wieder aktiv werden kann. Läuft der Tarifvertrag dagegen zwei Jahre oder mehr und die wirtschaftliche Entwicklung wird besser, kann die Gewerkschaft die Beschäftigten so lange nicht durch Lohnerhöhung an der guten Ertragslage der Unternehmen beteiligen.

## Mehr Gas, bitte!

ver.di und der Arbeitgeberverband bvdm sind beim Start der Tarifverhandlungen am 16. Januar in Berlin ohne Ergebnis auseinandergegangen. Die Forderung der Gewerkschaft von 5,5 Prozent mehr Lohn, Ausbildungsvergütung und Gehalt bei einer Laufzeit von zwölf Monaten wiesen die Arbeitgeber wegen der schlechten Strukturdaten in der Druckindustrie zurück. Die Verhandlungen wurden nach Redaktionsabschluss am 11. Februar in Frankfurt am Main fortgesetzt.

## Das ist die Startposition

In den vergangenen Tarifrunden mussten die Beschäftigten der Druckindustrie immer wieder streiken, um die Maschinenbesetzung und die 35-Stunden-Woche zu verteidigen. Das ist ihnen gelungen. Der Preis dafür war aber hoch: Für 2012 gab es lediglich eine Lohnerhöhung von zwei Prozent, für 2013 eine Pauschale von 150 Euro, die Laufzeit des Lohnabkommens betrug 33 Monate. Seit 1. Februar 2014 ist die Friedenspflicht beendet; seither kann die Arbeit niedergelegt werden.



Cartoon: Reinhard Alif

## MELDUNGEN

**Weltbild: Suche nach Alternativen**

35 Millionen wollen zwei Diözesen für den angeschlagenen Weltbild-Verlag bereitstellen, davon allein 20 Millionen für den Buchhändler Hugendubel, verlautete Ende Januar. Das werde helfen, aber das Unternehmen nicht retten, erklärte Betriebsratsvorsitzender Peter Fitz. Es sei nur ein Bruchteil des ursprünglich zugesagten Sanierungsbeitrags.

Betriebsrat, Beschäftigte und verdi wollen eine Perspektive für die katholische Verlagsgruppe Weltbild und ihre Beschäftigten. Die Geschäftsführung hatte Anfang Januar Insolvenz angemeldet. Der Verlag investierte zuletzt einen zweistelligen Millionenbetrag in Informationstechnologie und -technik, um sich als »Multi-channel-Buchhändler« zu profilieren. Das führte in die schwarzen Zahlen. Deshalb, so Thomas Gürlebeck von verdi Augsburg, verstünden die bundesweit 6.800 Beschäftigten, über 2.000 davon in Augsburg, nicht, »warum ihnen die katholischen Eigentümer nun auf der Zielgeraden ein Bein stellen«. Onlinegiganten wie Amazon brauchten auf dem deutschen Markt einen starken Gegenspieler, den nun der Vertrieb über Internet, Katalog und Filialen bietet, erklärte der von verdi beauftragte Sachverständige. »Die Belegschaft hat die Zeichen der Zeit lange erkannt«, bekräftigte verdi-Sprecher Tim Boßmann. Vorschläge der Arbeitnehmerseite, wie das Markenprofil der Verlagsgruppe aussehen könnte, lägen auf dem Tisch, auch das Angebot zur Sanierungsbeteiligung. Beschäftigte und Sympathisanten haben sich mit Fürbitten und einem offenen Brief an die Bischöfe gewandt. In einer Solidaritätswoche folgten weitere gewerkschaftliche Aktionen. Aktuelles unter: [www.weltbild-verdi.de](http://www.weltbild-verdi.de)

## AUCH KOALITIONSPAPIER IST GEDULDIG

# Endlich Rentner?

MICHAELA BÖHM | *Vieles, was im Koalitionsvertrag steht, sind Absichtserklärungen und noch keine Gesetze. Manch ein Thema – etwa die Rente mit 63 – packt die große Koalition aus CDU/CSU und SPD sofort an. Danach soll es gleich weitergehen mit dem Gesetzentwurf für den Mindestlohn, den allerdings viele, die dringend darauf angewiesen sind, erst in ein paar Jahren bekommen werden. Manch ein Vorhaben ist schon auf dem Papier unausgegoren.*



Foto: picture alliance / dpa, Tobias Kleinschmidt

## Rente mit 63

**Das steht im Koalitionsvertrag:**

Wer 45 Jahre lang in die Rentenkasse gezahlt hat, soll ab 1. Juli 2014 ohne Abschläge mit 63 Jahren in Rente gehen dürfen.

**Heute ist es so:** Das gilt bislang erst ab dem 65. Lebensjahr für besonders langjährig Versicherte, die 45 Jahre eingezahlt hatten; Zeiten der Arbeitslosigkeit werden nicht berücksichtigt.

**Der Haken:** Die Rente mit 63 ist auf einen kleinen Personenkreis begrenzt. Zwar werden Zeiten der Arbeitslosigkeit einberechnet, aber nicht der Bezug von Arbeitslosenhilfe oder später Arbeitslosengeld II (Hartz IV).

**Zudem:** Mit 63 Jahren dürfen nur die Jahrgänge bis 1952 abschlagsfrei in Rente gehen. Danach steigt die Altersgrenze stufenweise um zwei Monate. Spätestens für die heute 50-Jährigen ist die Rente mit 63 eine Rente mit 65. Und die gilt auch heute schon ähnlich (siehe Tabelle rechts).

**Wem nutzt die Rente mit 63?**

Menschen, die von der Schule direkt in den Betrieb gewechselt sind, nicht studiert haben und allenfalls kurz arbeitslos waren. Wie viele davon profitieren, ist noch nicht klar.

**Zum Vergleich:** Die bisherige Rente für besonders langjährig Versicherte (ab dem 65. Lebensjahr bei 45 Beitragsjahren) haben 2012 nur 12.306 Menschen in Anspruch genommen.

**Was sagen die Arbeitgeber?** Sie warnen davor. Die Rente mit 63 würde zu teuer (in Zahlen: 2014 kostet sie 900 Millionen Euro pro Jahr, 2030 dann 3,1 Milliarden pro Jahr), sei unsolidarisch und gehe zulasten der jungen Generation.

**Was sagen die Gewerkschaften?**

Wer so lange gearbeitet hat, muss in den Ruhestand gehen können, ohne am Ende mit Abschlägen bestraft zu werden.

**Fazit:** Die Rente mit 63 ist überfällig. Über eines darf sie jedoch nicht hinwegtäuschen: Die Verfehlungen der vergangenen Jahre werden nicht

korrigiert. Die Senkung des Rentenniveaus von 53 auf 43 Prozent bis zum Jahr 2030, die Rente mit 67 und die Teilprivatisierung der gesetzlichen Altersvorsorge durch die Riester-Rente – all das hat die gesetzliche Rente demontiert und bleibt bestehen.

**Ab diesem Alter gibt es die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren**

Geburtsjahr bis 1952	Abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren
1953	63 Jahre 2 Monate
1954	63 Jahre 4 Monate
1955	63 Jahre 6 Monate
1956	63 Jahre 8 Monate
1957	63 Jahre 10 Monate
1958	64 Jahre
1959	64 Jahre 2 Monate
1960	64 Jahre 4 Monate
1961	64 Jahre 6 Monate
1962	64 Jahre 8 Monate
1963	64 Jahre 10 Monate
1964	65



## STRICHÄTZUNG

## Mindestlohn

**Das steht im Koalitionsvertrag:**

Ab 1. Januar 2015 gilt in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde.

**Heute ist es so:** Knapp sieben Millionen Menschen arbeiten für weniger als 8,50 Euro pro Stunde (Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen, 2011). 1,8 Millionen Menschen erhalten weniger als fünf Euro. Viele der Niedriglöhner/innen müssen mit Arbeitslosengeld II (Hartz IV) aufstocken.

**Der Haken:** Tarifverträge mit Löhnen unter 8,50 Euro gelten bis Ende 2016 weiter. Etwa im Friseurhandwerk. Dort liegt der niedrigste tarifliche Stundenlohn auch dann bei 7,50 Euro im Osten und 8,00 Euro im Westen, wenn anderswo bereits 8,50 Euro bezahlt werden müssen. Kurzum: Tatsächlich für alle gibt es den Mindestlohn erst ab 2017. Zudem wird er bis 2018 nicht erhöht.

**Was fehlt?** Die Höhe des Mindestlohns wird in regelmäßigen Abständen überprüft und gegebenenfalls angepasst, heißt es im Koalitionsvertrag. Regelmäßig heißt aber nicht unbedingt jährlich und überprüfen bedeutet nicht zwingend erhöhen. Wer kontrolliert, ob der Mindestlohn tatsächlich bezahlt wird? Gewerkschaften bräuchten ein Verbandsklagerecht. Dann muss nicht der Zeitungszusteller seinen Chef verklagen, sondern ver.di setzt den Mindestlohn für den Zusteller durch.

**Was droht?** Einzelne Arbeitgeberverbände und Unionspolitiker wollen Ausnahmen vom Mindestlohn, etwa für Zeitungszusteller/innen (siehe Seiten 10/11), Rentner, Praktikanten, Taxifahrer, Studierende, Erntehelfer etc.

**Fazit:** Es waren die Gewerkschaften, die jahrelang für den Mindestlohn gekämpft haben. Noch die letzte schwarz-gelbe Regierung lehnte den Mindestlohn kategorisch ab (Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP, 2009). Jetzt kommt der Mindestlohn, wenn auch spät und zu niedrig. Zur Erinnerung: ver.di hat die Forderung von 8,50 Euro vor vier Jahren aufgestellt, er sollte schnell auf zehn Euro steigen. Eine Erhöhung des Mindestlohns über 8,50 Euro hinaus soll es nun frühestens 2018 geben. Das sind viele Jahre Nullrunden für Niedrigverdiener.

## Leiharbeit

**Das steht im Koalitionsvertrag:**

Ein Leiharbeiter darf höchstens 18 Monate an einen Betrieb ausgeliehen werden. Spätestens nach neun Monaten soll er bezahlt werden wie ein Stammbeschäftigter.

**Heute ist es so:** Ein Leiharbeiter kann unbegrenzt in einen Betrieb ausgeliehen werden. Die gleiche Behandlung und Bezahlung ist zwar im Gesetz festgeschrieben, davon darf jedoch per Tarifvertrag abgewichen werden. Einen solchen Tarifvertrag hat die DGB-Tarifgemeinschaft mit den Arbeitgeberverbänden der Leiharbeit vereinbart. Immerhin erhalten Leiharbeiter im Westen ab diesem Jahr einen Mindestlohn von 8,50 Euro (im Osten ab Juni 2015). Die Gewerkschaften haben für einige Branchen Zuschläge für Leiharbeiter/innen aushandeln können, darunter auch ver.di für die Druckindustrie und Papierverarbeitung. Leiharbeiter/innen erreichen dennoch nicht das Tarifniveau der Stammebelegschaft.

**Was fehlt?** Immer noch darf eine Verleihfirma ihre Mitarbeiter nur so lange fest anstellen, wie ein Auftrag dauert, und sie danach entlassen. Daran wird sich nichts ändern. Gleiche Bezahlung gibt es auch nicht vom ersten Tag an, sondern erst nach neun Monaten.

**Der Haken:** Viele Leiharbeiter/innen werden nicht in den Genuss der gleichen Bezahlung kommen, weil jeder Zweite weniger als drei Monate ausgeliehen wird. Von der maximalen Überlassungsdauer von 18 Monaten darf mit Tarifvertrag in der Einsatzbranche abgewichen werden.

**Fazit:** Es ist das Verdienst der Gewerkschaften und ihrer jahrelangen Kampagnen, dass Leiharbeit ein Thema im Koalitionsvertrag ist und nun eingeschränkt werden soll. Damit aber wird nur leicht korrigiert, was die rot-grüne Bundesregierung im Zuge der Agenda 2010 vor elf Jahren angerichtet hat. Unternehmen können Leiharbeit weiterhin nutzen, um das Lohnniveau zu drücken.

## Werkverträge

**Das steht im Koalitionsvertrag:**

Den Missbrauch bei Werkverträgen verhindern und gesetzlich festschreiben, was ordnungsgemäßer und was missbräuchlicher Einsatz von Fremdpersonal ist. Kontrolle und Prüfung liegen bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit.

**Heute ist es so:** Kaum hatten Gewerkschaften Branchenzuschläge für Leiharbeiter/innen durchgesetzt, suchten Unternehmen neue Schlupflöcher. Oft werden mit den gleichen Firmen, die zuvor Leiharbeiter verliehen, nun Werkverträge abgeschlossen. Dann kann es passieren, dass gestern noch einer als Leiharbeiter im Betrieb eingesetzt war und heute die gleiche Arbeit als Werkvertragsbeschäftigter erledigt. Allerdings ohne die Branchenzuschläge, die Leiharbeitern zustehen.

**Was fehlt?** Um zu verhindern, dass Stammarbeitsplätze abgebaut werden und an Werkvertragsfirmen wandern, müssten Betriebsräte das Recht erhalten, dem Einsatz einer Fremdfirma zu widersprechen.

**Fazit:** Was im Koalitionsvertrag steht, ist halbherzig und dünn. An der heutigen Situation wird sich wenig ändern.

**Die Drucker der »Süddeutschen«**

posierten 2007 gegen die Rente mit 67. ver.di machte ein Plakat daraus, das Wirbel hervorrief. »Sie rauben uns das letzte Hemd«, war Protest gegen unsoziale Rentenpolitik unter dem Deckmantel des demografischen Wandels. Wird diese Strategie von der neuen schwarz-roten Koalition jetzt korrigiert? Bei genauem Hinsehen schwinden Hoffnungen und bleiben nackte, kalte Tatsachen. Tut uns Leid, Jungs. Ihr bekommt eure Hemden nicht zurück!



## Willkommen

Der Hit der Saison aller rechten Populisten heißt Armutsmigration: Bulgaren und Rumänen verbringen ihren Urlaub vor deutschen Sozialämtern und verwandeln diese mit Sitzblockaden in Gefahrenzonen. Sozialtourismus sagt die CSU und hat es damit zum Unwort des Jahres gebracht. Doch wer spricht vom weltweiten Phänomen der Reichtumsimmigranten – dem Sozialtourismus? Auf Flüchtlingsyachten schippern heimatlose Milliardäre durchs Mittelmeer und erhalten im Unterschied zu afrikanischen Boatpeople Einfahrt in jeden Hafen dieser Welt. In manchen Staaten hat sich das soziale Gefüge durch Reichtumszuwanderer komplett verändert, etwa in Monaco. Auf Off-Shore-Inseln ist der Wohnraum dermaßen knapp, dass sich mehrere Milliardäre eine Briefkastenfirma teilen müssen! Auch Deutsche sind Teil des Problems: Öko-Olivenbauern in der Toskana, Ferienhausbesitzer auf Kreta oder Tantra-Trainer auf La Gomera – alles Reichtumsimmigranten. Umgekehrt werden bei uns reiche Zuwanderer nicht nur geduldet, sie sind sogar höchst willkommen: Ob Ölmagnaten, Drogen- oder Menschenhändler – Oligarchen fragt niemand nach der Herkunft ihres Geldes. Auch Tyrannensöhne sind gern gesehen: Kim Jong Un wurde in Schweizer Elite-Internaten zum Diktator ausgebildet, Assad hat in London Medizin studiert und ein Ghaddafi-Sohn durfte jahrelang in München seine Knöllchen nicht bezahlen. Und dann sind da noch die Depardieus, Vettels und Beckenbauers dieser Welt: Während der gemeine Flüchtling meistens in der Hölle endet und ein Arbeitsverbot erhält, landet der Steuerflüchtling im Paradies und kann von überall auf der Welt weiter sein Geld für sich arbeiten lassen. »Wer betrügt, fliegt.« Und zwar 1. Klasse.

ROBERT GRIESS

## Betriebsratswahlen 2014

Der Countdown läuft:

Ab 1. März

wird gewählt.



[br-wahl.verdi.de](http://br-wahl.verdi.de)

### »Der Bote« bringt Infos nach Hause

**Hans-Dietmar Hölcher** (62) arbeitet als Zeitungs-zusteller in Bielefeld bei der Zeitungstochter »Neue Westfälische Logistik« mit 1.160 Beschäftigten. Er ist langjähriges Mitglied eines 15-köpfigen Betriebsrates und hat mit seinen Mitstreitern einen Weg gefunden, die vereinzelt und vor allem nachts arbeitenden Zusteller/innen zu erreichen:

»Wir geben zweimal jährlich unsere zwölfseitige Betriebsratszeitung »Der Bote« sowie zwischendurch »Der Bote aktuell« heraus. Die Zeitungen bekommen unsere Leute per Post nach Hause geschickt. Finanzieren muss das der Arbeitgeber. Auch unsere Betriebsratswahlen organisieren wir so – mit der Briefwahl als Prinzip. Dazu laden wir mindestens zweimal im Jahr zu dezentralen Betriebsversammlungen an den fünf Hauptstandorten unseres Vertriebsgebiets ein. Dort verteilen wir unsere ver.di-Betriebszeitung »Nachtfalter« an unsere Kolleginnen und Kollegen und können persönliche Gespräche führen, denn sonst begegnen wir uns ja nie. Wir versuchen, unseren Leuten zu vermitteln, dass wir Betriebsräte nur mit ver.di im Rücken auf Augenhöhe mit dem Arbeitgeber verhandeln können. Das ist wichtiger denn je, denn die Verleger erdreisten sich schon wieder, den Mindestlohn für Zeitungszusteller infrage zu stellen. Wir müssen ihnen dafür die Rote Karte zeigen. Bei den Wahlen werden sie jetzt hoffentlich eine klare Antwort aus den Betrieben erhalten. Wir sollten die letzten weißen Flecken auf der Betriebsrats-Landkarte der Zeitungszusteller verschwinden lassen.«

### Mitgliederstärke schafft Respekt

**Michael Kehrberg** (42) arbeitet als Maschinenführer im Berliner Werk der DS Smith Packaging Deutschland Stiftung & Co. KG mit rund 110 Beschäftigten. Dort werden auch Umzugs- und Getränkekartons hergestellt. Seit 2010 ist der gelernte Schlosser Vorsitzender des siebenköpfigen Betriebsrates. Kehrberg und sein Team haben viel erreicht: »Von ursprünglich fünf Kollegen ist jetzt die Hälfte der Belegschaft Mitglied bei ver.di. Darüber haben wir unsere Geschäftsführung bei passender Gelegenheit informiert, haben uns so Respekt verschafft und konnten Druck aufbauen. Jetzt ist unser Ziel erreicht: Wir haben einen Tarifvertragsentwurf auf dem Tisch, der uns in den nächsten fünf Jahren stufenweise auf das Niveau des Flächentarifvertrags Papierverarbeitung bringt – das ist eine kleine Revolution! Wenn wir uns geschlossen am 13. März wieder zur Wahl stellen, hoffen wir auf Anerkennung für diesen wichtigen Schritt. Sechs unserer Betriebsratsmitglieder sind bei ver.di organisiert. Ohne das Know-how und die Vernetzungsmöglichkeiten in der Gewerkschaft könnten wir nicht so viel für unsere Belegschaft erreichen. Und sogar unser Arbeitgeber ist froh, wenn er feste Ansprechpartner hat.«

- gl

## VOR ORT

### Zermürbungstaktik

Es könnte sein, dass Rudi Zattler am 31. Januar wieder zur Spätschicht antreten durfte. Das wäre dann sein erster Arbeitstag nach neuneneinhalb Monaten Zwangspause gewesen. So lange saß er mit Grundlohn zu Hause. Man ließ ihn bei Sellier Druck in Freising einfach nicht rein. Nach 30 Jahren in der Firma war er am 19. April 2013 von Inhaber und Geschäftsführer Appl demonstrativ »hinausbegleitet« worden. Den hatte Rudi mit der Weigerung, einen verschlechterten Arbeitsvertrag zu unterschreiben, wohl bis aufs Äußerste gereizt. Gegen die Verschlechterungen hatten zuvor fast 30 Kolleginnen und Kollegen mit ver.di-Hilfe geklagt. Appl versuchte deshalb, die Leute einzeln dranzukriegen. Bald war die Reihe an Rudi, Betriebsratsmitglied und unbestrittener Fachmann in der Buchbinderei. Das Gespräch endete mit Rauschmiss. Nachträgliche Begründung für das Hausverbot: Spesenbetrug.

Die Sache mit den Spesen betraf – wenn überhaupt – den gesamten Betriebsrat und hatte mit Betrug nichts zu tun. Das wurde schon bald gerichtlich festgestellt. »Was ist Ihnen denn da eingefallen?«, wurde die Unternehmensseite gar vom Richter gefragt, der verfügte, das Hausverbot aufzuheben und Rudi wieder an seinen Arbeitsplatz zu lassen. Doch ohne Wirkung. Bei Sellier wurde der Buchbinder zum ärgsten Firmenfeind stilisiert. Weil er zu einer Ungerechtigkeit Nein gesagt hatte, bekam der Kollege einen zermürbenden Kampf gegen einen selbtherrlichen Arbeitgeber aufgezwungen. Denn der Geschäftsführer war das gesamte Jahr 2013 über weder durch Appelle noch

durch einstweilige Verfügungen, schließlich gar Zwangsgeld- oder Haftandrohung zu bewegen, den Buchbinder wieder zu beschäftigen. Im Gegenteil: Rudi Zattler wurden zwischenzeitlich noch zwei weitere Hausverbote erteilt, das letzte erst Anfang Januar 2014 »Verdacht auf Arbeitszeitbetrug«, war nun die Begründung. Erst die Drohung, den Fall weithin öffentlich zu machen und Strafanzeige wegen Behinderung der Betriebsratsarbeit zu stellen, brachte dann mögliches Einlenken. Zuvor zählte nicht, dass Rudi mit gewerkschaftlichem Beistand schon in mehreren Gerichtsverfahren Recht bekommen hatte. Zur Arbeit ließ man ihn nicht. Welche Nervenbelastung für Frau und Söhne und vor allem für den 50-Jährigen selbst, der unfreiwilliges Subjekt einer Zerreißprobe geworden ist!

Der Inhaber der bundesweit agierenden Appl-Gruppe hatte wohl nur noch das Ziel, »einen Einzelnen zu quälen und zu zermürben«, konstatiert ver.di-Sekretärin Sabine Pustet. Offensichtlich ging es darum, »ein Exempel zu statuieren: Wer nicht spurt, der fliegt«. Ob der Kleinkrieg noch weitergeht, sei nicht entschieden. Jedenfalls war Rudi Zattler im Schichtplan nicht für seine angestammte Maschine eingeteilt. »Vielleicht will man ihm als Nächstes Hilfstätigkeiten zumuten?«, fragt sich die ver.di-Frau. Umso wichtiger sei es, den Bedrängten nicht allein zu lassen. 19 Kolleginnen und Kollegen bei Sellier führen ihre Klagen gegen verschlechterte Arbeitsbedingungen fort und stärken sich im monatlichen ver.di-Treff solidarisch. -neh



Nicht allein: Rudi Zattler (Mitte, in Weinrot) im Kreise von Mitklägern.

## GEWERKSCHAFT IM BETRIEB

## Mit dem Druck wächst die Wut

»Des Sommers letzte Rosen«. So lyrisch gibt sich Zeitungsverleger Dirk Ippen nur als Herausgeber deutscher Gedichte. Wenn es ums Geschäft geht, ist seine Argumentation gar nicht poetisch. Den Tarifvertrag der Druckindustrie bezeichnet Ippen als »überholt«, die Löhne als »überhöht«. Deshalb hat sein Konzern die »veraltete« Zeitungsdruckerei des Kreisboten-Verlags im oberbayerischen Weilheim im vergangenen Jahr geschlossen und eine halbe Autostunde entfernt in Penzberg eine neue Druckerei eröffnet. Dort arbeiten die Beschäftigten ohne Tarif, 40 Stunden pro Woche, für weniger Geld als im Tarifvertrag festgeschrieben und bisher ohne Betriebsrat.

Der Ippen-Konzern verfügt nun über drei Druckereien auf kurzer Distanz und sämtlich an der A 95 gelegen – zwei tarifgebundene in München Dessauerstraße und Wolfratshausen und die tariflose in Penzberg. Zwischen ihnen werden die Aufträge verschoben. So wanderte ein Teil der Auflage des »Münchner Merkur« aus der Dessauerstraße nach Wolfratshausen und von dort nach Penzberg. Die Folge: 15 Drucker, Helfer und

Versandarbeiter aus der Dessauerstraße – zehn Prozent der Belegschaft – erhielten die Kündigung. Jetzt werden ein Sozialplan und ein Interessenausgleich in einer Einigungsstelle verhandelt.

Bei den Belegschaften steigt die Angst vor weiteren Auftragsverschiebungen und Entlassungen. Auch der Druck auf Tarifstandards wächst. Selbst die Schließung des Standorts Wolfratshausen hält Sabine Pustet von ver.di nicht für ausgeschlossen. In der Dessauerstraße macht sich inzwischen Wut breit. Dort hat es schon mehrtägige Warnstreiks für einen Sozialtarifvertrag und einen Tarifvertrag zur Altersteilzeit gegeben.

Zum Ippen-Konzern, der weitgehend von seinem Neffen Daniel Schöningh geführt wird, gehören zahlreiche Regionalzeitungen, Anzeigenblätter, ein Boulevardblatt sowie Beteiligungen an Internetportalen und Telefonbuchverlagen. Tarifgebunden sind nur noch Betriebe in Oberbayern und der Zeitungsdruck Dierichs in Kassel. Der kündigte jetzt allerdings an, den Tarif zu verlassen und die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich einzuführen. -mib

## Erster Erfolg bei ssm Mannheim

Im Kampf um bessere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen bei der system service marketing GmbH (ssm) in Mannheim haben die Beschäftigten einen ersten Erfolg errungen. Nach einem zweitägigen Warnstreik Ende Oktober 2013 kündigte das Management zum Jahreswechsel unter anderem an, die Entgelte um 2,5 Prozent zu erhöhen, die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich um eine auf 40 Stunden zu reduzieren und den unternehmensinternen Mindestlohn auf 8,70 Euro pro Stunde anzuheben. »Das ist ein erster Erfolg, der zeigt: Gewerkschaftliche Organisation lohnt sich«, sagte Gerd Vohs, Leiter des ver.di-Landesfachbereichs Medien, Kunst und Industrie in Baden-Württemberg. Die ver.di-Tarifkommission fordert für die knapp

70 gewerblichen Beschäftigten unter anderem eine Mindestvergütung von 9,15 Euro pro Stunde für Helfer und 12,20 Euro für Maschinenführer, eine tarifliche Prämienregelung, verbindliche Unter- und Obergrenzen bei Arbeitszeitkonten sowie die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden. »Unser Ziel bleibt eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung per Tarifvertrag«, stellte Gewerkschaftssekretär Andreas Kirchgeßner klar. »Der kämpfende Teil der Belegschaft ist guten Mutes und wird in den kommenden Wochen über das weitere Vorgehen beraten.« An dem ersten Streik in der Geschichte des Kommunikationsdienstleisters hatte sich etwa ein Drittel der gewerblichen Beschäftigten beteiligt. -dab

## DER SPRACHWART

## Polit-Affären – verharmloste Skandale



Illustration: Thomas Klefisch

Eine Affäre, hat das nicht etwas mit einem Seitensprung, einem Verhältnis zu tun? Natürlich. Die bunten Zeitschriften ergehen sich doch lang und breit darüber, wer mit wem, wie lange, wie oft, in welcher Besenstube, mit welchen Folgen. »Flirtfair.de bietet die Möglichkeit, diskret eine Affäre anzufangen«, heißt es im Internet.

In Frankreich sagt man in solchen Fällen allerdings Liaison, ein Begriff, der auch bei uns in dem Sinn verstanden wird. Affäre heißt dort an erster Stelle: Angelegenheit (Ministère des Affaires étrangères = Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten). Das erklärt, warum seinerzeit in Paris der Begriff »Dreyfusaffäre« gebraucht wurde. Ins Deutsche übersetzt, hätte es etwa heißen können: Dreyfus-Verleumdung, -Entehrung, -Eklat, -Blamage. Der Wortimport geistert bis heute durch deutsche Medien, wenn etwas Haarsträubendes glimpflich umschrieben werden soll.

Was in der Politik bieder als Affäre ausgegeben wird, ist in den meisten Fällen ein Skandal! Erst dieses Wort drückt Entrüstung, Empörung, ja sogar Wut aus. Doch solche Wirkung scheint bei Leserinnen oder Hörern mancherorts unerwünscht zu sein. Auch davor, das jeweilige Geschehnis genau zu bezeichnen, schrecken viele Schreiber seit jeher zurück. Beispielsweise ist der Kauf unausgereifter Kriegsflugzeuge anno 1958 als Starfighter-Affäre in die Geschichte eingegangen. Treffender hieße sie Starfighter-Milliardengrab. Die Spiegel-Affäre 1962 war eine Spiegel-Strafverfolgung. Die Flick-Affäre in den 1980er-Jahren ließe sich Flick-Ministerbestechung nennen. Die Bonusmeilen-Affäre, die namhafte Politiker betraf, könnte zumindest als Bonusmeilen-Schummelei charakterisiert werden. Steueraffären sind ohne Ansehen der Person und ohne Wenn und Aber Steuerbetrug, Steuerhinterziehung.

Ein Schlagwort der jüngsten Zeit ist die NSA-Affäre. Etwas Unglaubliches, Unerhörtes, Unfassbares soll sich nach einem Kavaliersdelikt anhören. Selbst NSA-Spähaffäre wird dem skandalösen, hanebüchenden Tatbestand einer flächendeckenden Spionage, Überwachung, Bespitzelung, Schnüffelei nicht gerecht. – wer weiß, bei welcher Ungeheuerlichkeit wir nächstens an etwas vergleichsweise Harmloses wie eine unerlaubte Liebschaft denken sollen.

DIETRICH LADE

## RAT UND TAT

*Die Maschinen sind ohrenbetäubend laut, die Lichtschanke ist defekt, die Hände sind rissig vom dauernden Hautkontakt mit Karton und Papier – lauter Fälle für die Berufsgenossenschaft (BG). Ihre Aufgabe ist es, Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und Gesundheitsgefahren, die durch Arbeit entstehen, zu verhüten. Was die BG genau tut und welchen Gesundheitsrisiken Beschäftigte in der Druckindustrie und Papierverarbeitung ausgesetzt sind, darum geht es hier in Rat+Tat.*

### Strapazen für Ohren und Nerven



Lastwagen und Autos auf einer Hauptverkehrsstraße oder ein Rasenmäher verursachen Lärm von etwa 80 Dezibel (dB). Fürs Ohr eine Strapaze, für die Nerven eine Qual. Das ist jedoch der Lärmpegel, der Menschen über einen achtstündigen Arbeitstag zugemutet werden darf. Erst wenn 85 dB (A)\* erreicht sind – etwa der Lärm einer Kreissäge, – muss der Arbeitgeber den Lärm reduzieren. Denn 85 dB (A) führen auf Dauer zu Gehörschäden: Betroffene müssen sich beim Hören anstrengen und immer wieder nachfragen. Stimmen klingen gedämpft, Musik hört sich für sie an wie Gegurgel und Vogelgezwitscher kommt nur mehr in der Erinnerung vor.

Lärmschwerhörigkeit ist die häufigste Berufskrankheit in der gesetzlichen Unfallversicherung und macht fast die Hälfte aller anerkannten Berufskrankheiten aus. In Druckbetrieben und der Papierverarbeitung ist jede dritte Berufskrankheit auf Lärmschwerhörigkeit zurückzuführen, mehr als das in den anderen Teilbranchen innerhalb der BG ETEM\*\* der Fall ist. Was Ralf Renninghoff von der BG darauf zurückführt, dass die Branche Druck und Papierverarbeitung sehr maschinenlastig ist.

Den Lärm der Maschinen gilt es zu reduzieren. Noch besser wäre es, Lärm so weit zu vermeiden, dass niemand Gehörschutz tragen muss. Das war etwa Ziel beim Bau einer neuen Halle für den Automobilzulieferer ZF Friedrichshafen in Schweinfurt. Wie laut es im neuen Werk werden würde, konnte bereits bei der Planung am Computer simuliert werden – mitsamt allen Wechsel- und Kombinationswirkungen, die mehrere Maschinen

verursachen. Mit Erfolg: Die Halle gilt heute als leise Fabrik und keiner muss Gehörschutz tragen. Noch ist das eine Ausnahme. Doch auf die Forderung, Lärmemissionen auf das niedrigste technisch machbare Niveau zu senken, richten sich auch Hersteller von Druckmaschinen ein und konstruieren Maschinen, die weniger Lärm erzeugen. Wird mit Messungen nachgewiesen, dass nicht nur der Lärm, sondern auch der Ausstoß von Wasch- und Feuchtmitteln, Lack- und Farbnebeln, Feinstaub, Ozon sowie UV-Strahlung deutlich unter den niedrigsten Grenzwerten und Empfehlungen liegt, erhalten sie von der gesetzlichen Unfallversicherung ein spezielles Zertifikat »Emission geprüft«. »Unser Ziel ist es, im Interesse der Beschäftigten Einfluss auf die Maschinenhersteller zu nehmen«, erklärt Ralf Renninghoff, der in der BG das Fachgebiet Druck und Papierverarbeitung leitet.

### Ohrstöpsel zu verteilen, das reicht nicht

Tatsächlich ist jeder Druckunternehmer verpflichtet, möglichst leise Maschinen zu kaufen. Noch glaubt aber mancher, es reiche, ab 85 Dezibel Gehörschutz zu verteilen. Das ist nicht im Sinne der Lärm- und Vibrationsschutzverordnung. Dort gibt es eine klare Rangfolge. Erst wenn technische und organisatorische Maßnahmen ausgeschöpft sind, darf zum allerletzten Mittel – dem Gehörschutz – gegriffen werden. Ideen, Lärm zu mindern, gibt es viele, und die Experten der BG helfen dabei. Statt Hallenwänden aus Beton werden beispielsweise offenporiges Ziegelmauerwerk und schallschluckende Decken empfohlen. Es können Lärmschutzwände eingezogen, Abschottungen zwischen den Rotationsmaschinen angebracht oder Arbeitsplätze und Tätigkeiten aus den Lärmbereichen herausverlagert werden.

Es komme durchaus vor, dass der Aufsichtsperson der BG vom Unternehmen der Gehörschutz für die Beschäftigten als erste und einzige Maßnahme zur Lärminderung dargeboten wird. »Wir überzeugen sie aber letztlich doch, dass es viele geeignetere Maßnahmen gibt«, sagt Renninghoff.



# Gesund ble

VON MICHAELA BÖHM

### Hände weg von Gefahrstoffen



Die Haut der Hände hat tiefe Risse, schuppt, ist gerötet und juckt manchmal. Der Arzt diagnostiziert eine schwere Abnutzungsdermatose, ein Kontaktekzem. Das entsteht, wenn jemand über lange Zeit mit chemischen Substanzen hantiert hat, etwa mit Lösemitteln zum Reinigen von Druckmaschinen. Dazu kommt, dass die Haut durch ständigen Kontakt mit scharfkantigen Papieren geschädigt wird.

### Hautallergien können plötzlich auftreten

Auch Hauterkrankungen nehmen einen Spitzenplatz bei den Berufskrankheiten ein. Dazu gehören allergische Erkrankungen, etwa durch Acrylate in UV-Farben hervorgerufen, wie sie beim Bogenoffset-, Etiketten- oder Tapeten- und zunehmend auch beim Inkjet verwendet werden. Allergien können im Gegensatz zur Abnutzungsdermatose plötzlich auftreten. Eine schwere Hauterkrankung wird als Berufskrankheit allerdings erst dann anerkannt, wenn jemand seine Arbeit aufgeben muss. Zuvor gilt es, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die eine weitere Beschäftigung ohne gesundheitliche Risiken ermöglichen.

Grundsätzlich gilt: Direkten Hautkontakt mit solchen Reinigungsmitteln, Farben und Lacken vermeiden, geeignete Schutzhandschuhe tragen, die Hände nicht etwa mit scheuernder Paste reinigen, um sie nicht weiter zu beanspruchen, und geeignete Hautreinigungs- und Hautpflegemittel verwenden.

\* Während db den realen Schalldruck beziffert, berücksichtigt db (A) die Empfindlichkeit des menschlichen Ohrs.

\*\* ETEM steht für Energie, Textil, Elektro, Medienerzeugnisse und ist ein Zusammenschluss mehrerer Berufsgenossenschaften. An der Spitze stehen Vorstand und Vertreterversammlung, die je zur Hälfte aus Vertretern von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehen.

# Unfälle am Arbeitsplatz

## Sparsam mit dem Puder



Druckbestäubungspuder wird im Bogenoffsetdruck eingesetzt, damit die frische Druckfarbe die einzelnen Papierbögen nicht verklebt, die nach dem Druck übereinandergestapelt werden. Das Problem: Die meisten Puder enthalten auch Feinstaub. Der erhöht nicht nur die Gefahr von Bränden und Explosionen, sondern steigert auch das Risiko von Atemwegsbeschwerden. Noch sind der BG ETEM keine Erkrankungen gemeldet worden, die auf Druckbestäubungspuder zurückzuführen sind. Aber so weit will sie es auch nicht kommen lassen. Deshalb hat die BG mit den Herstellern von Druckpuder eine freiwillige Vereinbarung getroffen, wonach der Feinstaubanteil bestimmte Grenzwerte nicht überschreiten darf, erklärte Ralf Renninghoff von der BG. Zudem gilt: So wenig Puder wie möglich verwenden, mit geeigneten Geräten dafür sorgen, dass beim Auftragen kaum Verwirbelung entsteht, und Puder aus der Empfehlungsliste der BG verwenden.

## MUSS ICH BEITRÄGE ZAHLEN?

Nein, die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung zahlen die Arbeitgeber. Es ist der einzige Zweig der Sozialversicherung, der ausschließlich von Arbeitgebern finanziert wird. Anders als in anderen Ländern muss kein Unternehmer Schadenersatzklagen von Arbeitnehmern fürchten, die durch Arbeit krank geworden sind oder Unfälle hatten. Die Höhe der Beiträge richtet sich nach der durchschnittlichen Entschädigungsleistung sowie nach der Lohnsumme in der Branche. Kurzum: Je geringer die Gefährdungen und je geringer die Arbeitsentgelte in einer Branche, desto niedriger sind die Umlagen für die Arbeitgeber.

## SELBST DIE BG ANRUFEN – GEHT DAS?

»Bei uns an der Wellpappanlage ist die Lichtschranke defekt. Der Chef sagt, er lässt es irgendwann mal reparieren. Wir sollen halt aufpassen. Das ist mir zu gefährlich. Kann ich das bei der Berufsgenossenschaft melden oder muss ich damit rechnen, gekündigt zu werden?«

Als Beschäftigter sollte man den Vorgesetzten, die Fachkraft für Arbeitssicherheit, den Betriebsarzt, den Betriebsrat oder ver.di ansprechen, wenn man den Verdacht hat, dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht ernst genommen wird. Der Betriebsrat hat darüber zu wachen, dass Gesetze, Verordnungen und Unfallverhütungsvorschriften eingehalten werden. Das steht in § 80 (1) Betriebsverfassungsgesetz. Gibt es keinen Betriebsrat, müssen sich Beschäftigte zuerst an den Vorgesetzten wenden, damit er die Missstände abstellt. Tut er das nicht oder reichen die Maßnahmen nicht aus, um Sicherheit und Gesundheitsschutz zu gewährleisten, können Beschäftigte die Berufsgenossenschaft um Unterstützung bitten. Das regelt § 17 des Arbeitsschutzgesetzes. Ein Nachteil darf dem Beschäftigten daraus nicht entstehen – zumindest dem Gesetz nach. Auf Wunsch behandelt die Berufsgenossenschaft (BG) Hinweise auch anonym. Wenn der Verdacht auf manipulierte Schutzrichtungen oder nachlässigen Umgang mit Gefahrstoffen besteht, kommt die Aufsichtsperson der BG auch unangekündigt in den Betrieb.

## ANGRIFFE DER ARBEITGEBER

Arbeitgeber drängen immer wieder auf eine Reform der Unfallversicherung. Dahinter steckt das Ziel, weniger zahlen zu müssen. Vor zehn Jahren forderten der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), Wegeunfälle aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Unfallversicherung zu streichen. Arbeitnehmer/innen sollten sich privat gegen Unfälle auf dem Weg von und zur Arbeit versichern. Die Unternehmen könnten damit Milliardenbeträge sparen. Das wäre ein großes Geschäft für die private Versicherungswirtschaft gewesen und hätte mehr Kosten für Beschäftigte bedeutet. Das ist – auch dank der Gewerkschaften – vom Tisch. Doch die Arbeitgeberverbände lassen nicht locker. Immer wieder mahnen sie eine »überfällige Reform des Leistungsrechts« an und beklagen eine »Übersorgung«. Die BDA will die Rente, die jemand heute aufgrund eines Arbeitsunfalls erhält, durch eine Erwerbsminderungsrente ersetzen. Damit würden die Kosten auf die gesetzliche Rentenversicherung abgewälzt. Außerdem sollte statt lebenslanger Unfallrente eine Abfindung gezahlt werden.

## NICHT OHNE VER.DI-VERTRETER

»Betriebsräte könnten sich viel öfter an uns wenden«, sagt Holger Malterer von ver.di, der im Vorstand der BG ETEM die Versicherten vertritt. Gibt es Probleme mit den Aufsichtspersonen der BG, weil ein Betrieb nie oder selten besucht wird oder weil Probleme nicht gut gelöst wurden, können Betriebsräte ihre Selbstverwalter ansprechen. Auf Wunsch wird der Hinweis anonym behandelt. Die Selbstverwalter bringen die Themen in die Gremien ein und geben Hinweise in die Verwaltung.



Foto: ver.di

## INFORMATIONEN UND KONTAKT

[www.bgetem.de](http://www.bgetem.de) → Arbeitssicherheit/Gesundheitsschutz → Brancheninformationen → Druck und Papierverarbeitung → Kontakt zum Fachgebiet, Mail: [druckundpapier@bgetem.de](mailto:druckundpapier@bgetem.de) • Zur Selbstverwaltung: [holger@malterer.de](mailto:holger@malterer.de)

## MELDUNGEN

**Verhandlungen stocken**

Kurz nach Abschluss eines Tarifvertrages über einen Mindestlohn von 8,50 Euro entschied die AxelSpringer AG in ihrer Druckerei in Spandau, 200 nach Werkvertrag Beschäftigte der Stark-Holding zum 1. März an die Luft zu setzen. Stattdessen wird ein Unternehmen der TABELGRUPPE beauftragt, das den Beilegern nur 7,50 Euro pro Stunde zahlen will. Mit Warnstreikaktionen wehrten sich die Stark-Beschäftigten vor Weihnachten. Springer aktivierte Streikbrecher. verdi forderte die Stark-Holding GmbH zu Verhandlungen über einen Sozialtarif- und Überleitungstarifvertrag auf. Gespräche im Januar blieben noch ohne Ergebnis. »Das Unternehmen ist verhandlungsbereit«, so Gewerkschaftssekretär Jörg Reichel, »hat sich allerdings noch nicht positioniert, ob und in welcher Höhe es Abfindungen für den Verlust des Arbeitsplatzes zahlt.« -be

**Protest gegen Rausschmiss**

Ab dem 25. Januar 2014 bis auf Weiteres protestieren die Beschäftigten der Buchbinderei Service Detmold (BSD) jeden Samstag mit einer Mahnwache gegen ihren kalten Rausschmiss. Die abgespaltene Firma, die bis Juli 2013 zur Druckerei und Verlag Hermann Bösmann GmbH, Medien Centrum Giesdorf gehörte, die unter anderem die »Lippische Landeszeitung« druckt und Eigentümer von Radio Lippe ist, soll Ende März 2014 schließen. Zu Kündigungsgründen nach oft langjähriger Betriebszugehörigkeit erklärte der Verlagsleiter: »Zu faul, zu alt, zu teuer.« Einen Sozialplan soll es nicht geben, weil die Firma BSD weniger als die gesetzliche Grenze von 20 Beschäftigten hat.

## MINDESTLOHN



Fotos: Jürgen Seidel (2), Mathias Thurm (1)

# Keine Ausnahmen!

**Auch Zeitungszusteller brauchen den gesetzlichen Mindestlohn**

Bei den Zeitungszustellern ist die Empörung groß. »Ich bin entsetzt«, sagt Gabi Grimm. Die Betriebsratsvorsitzende der Braunschweiger Zustellfirma AVA bezeichnet es als Frechheit, dass die Verlage und diverse Unionspolitiker ausgerechnet bei den mehr als 300.000 Zeitungsboten eine Ausnahme vom geplanten Mindestlohn fordern. »Das ist diskriminierend und bei einem so harten Job ohne jede Rechtfertigung«, sagt Grimm.

Ihr Kollege Andree Hemmes sieht das genauso. »Schäbig« nennt er den Versuch der Konzerne, eine Anhebung der in der Branche üblichen Niedriglöhne zu verhindern. Das Renommee der Zusteller sei ohnehin miserabel. »Wenn wir nun auch beim Mindestlohn ausgegrenzt werden, wird es noch schlimmer«, glaubt der 50-Jährige. Ihm zufolge würden die meisten seiner Kollegen, die jeden Morgen die »Braunschweiger Zeitung« in die

Briefkästen stecken, von dem geplanten Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde profitieren. »Vielleicht kommen ein paar Leute in Hochhausgebieten, wo die Wege kurz und die Briefkästen leicht zu erreichen sind, bisher über diesen Betrag. Aber die allermeisten liegen deutlich darunter.«

***Nicht Hobby, sondern Alltag***

Hemmes ist sich allerdings sicher: »Wenn der Mindestlohn eingeführt wird, fängt die Auseinandersetzung in den Betrieben erst richtig an.« Zum Beispiel über die Frage, wie die Vergütung – die pro gesteckter Zeitung gezahlt wird – in einen Stundenlohn umgerechnet wird. Ausgangspunkt müsse die Grundvergütung sein, betont er. Den Nachtzuschlag und andere Zulagen sieht er als Ausgleich für besonders belastende Arbeitsbedingungen; sie dürften daher nicht eingerech-

net werden. Um sich in dieser Frage durchzusetzen, brauche es eine aktive Interessenvertretung und einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad.

In Berlin, wo die Zeitungszustellung über ein System von Subunternehmen der Vertriebsgesellschaft BZV organisiert ist, sieht es in dieser Hinsicht schlecht aus. Betriebsräte, die die Einhaltung eines Mindestlohngesetzes kontrollieren könnten, gibt es nur wenige. Stattdessen herrsche Gutdünken und Willkür, berichtet der Zusteller Sven Müller, der in Wirklichkeit anders heißt. Wenn jemand aufmucken würde, könne er leicht mit der Zuteilung einer anderen, weniger lukrativen Zustelltour bestraft werden.

Auch in der Hauptstadt ist die Bezahlung mies. »Ein Hochleistungssportler kann es vielleicht schaffen, auf 8,50 Euro in der Stunde zu kommen, aber nur bei einer guten Tour«, meint Müller. »Im Normalfall liegt

man unter vier Euro – und das bei echt heftigen Arbeitsbedingungen.« Dazu zählten nicht nur die vielen Werbebeilagen, die die übliche Papiermenge verdoppeln oder gar verdreifachen können und das Stecken erschweren, ohne dass es dafür mehr Geld gibt. Auch die Sicherheit ist in den belebten Innenstadtbezirken ein ständiges Problem. Pöbeleien seien Alltag, sagt der 35-Jährige. »Da werden Zeitungen vom Stapel geklaut, die einem dann für die Zustellung fehlen. Es wird schon mal in den vollen Wagen gespuckt oder sogar reingepinkelt. Irgendwelche betrunkenen Witzbolde schieben die Fuhre auch mal eben um die Ecke oder legen sich hinein, um sich rumkutschieren zu lassen.« Manchmal passiere noch Schlimmeres. Erst in der vergangenen



Woche sei ein Kollege ausgeraubt worden: Geld und Handy weg.

Esslingen ist von Berlin nicht nur geografisch weit entfernt. Auch die Zusteller beider Regionen trennen Welten. »Wir werden hier relativ gut bezahlt«, sagt Cornelia Kling, die in der Beschäftigtenvertretung der überregionalen Zeitungsvertriebsgesellschaft ÜZV engagiert ist. Die Einführung eines Mindestlohns findet sie trotzdem richtig: »Es kann nicht sein, dass Menschen für weniger als 8,50 Euro in der Stunde arbeiten. Diese Kolleginnen und Kollegen brauchen dringend eine gesetzliche Regelung, die selbstverständlich für alle gelten muss.«

### Schluss mit Dumping

Allerdings fürchtet die Schwäbin, dass die Unternehmen den Mindestlohn zum Anlass nehmen könnten, höhere Entgelte auf dieses Niveau abzusinken. Bei der ÜZV gebe es bereits jetzt die Tendenz, frei werdende Touren mit Minijobbern zu besetzen und so reguläre Beschäftigung zu verdrängen. Bislang liegen die Löhne bei dem Tochterunternehmen der »Esslinger Zeitung« zum Teil deutlich über 8,50 Euro. In Karlsruhe und Pforzheim sei es genauso, berichtet Kling: »Das zeigt doch, dass die Behauptung aus der Luft gegriffen ist, Firmen und Verlage würden bei Einführung des Mindestlohns reihenweise pleitegehen.«



ver.di-Bundesfachgruppenleiter Andreas Fröhlich rechnet vor: »Die Zustellung macht mit einem Anteil von 11,4 Prozent den geringsten Teil der Kosten der Zeitungsproduktion aus.« Die Beseitigung menschenunwürdiger Löhne sei für die Unternehmen daher durchaus verkraftbar. »Nur Zustellfirmen, deren Geschäftsmodell auf Niedriglöhnen basiert, wären gefährdet – und das ist auch gut so«, meint der Gewerkschafter. Der Dumpingwettbewerb, der durch die Aufstockung von Arbeitslosengeld II von den Sozialkassen subventioniert werde, müsse ein Ende haben: »Deshalb sagen wir klar: Mindestlohn für alle – ohne Ausnahmen.« DANIEL BEHRUZI

### MELDUNG

#### Bei Madsack wurde schon gewählt

Die Betriebsratswahlen bei der Verlagsgesellschaft Madsack in Hannover hat ver.di mit acht von elf Sitzen gewonnen. Der Betriebsratsvorsitzende Rainer Butenschön und sein Stellvertreter Dirk Friedrichs sind ver.di-Mitglieder. Der bisherige Betriebsrat hatte mit seinem Rücktritt vorgezogene Neuwahlen ermöglicht. Die Interessenvertretung will sich nun ganz auf das konzernweite Umstrukturierungs- und Kürzungsprogramm »Madsack 2018« konzentrieren.

### NACHRUUF

Unser Kollege **Helmuth Weigelt** ist am 4. Januar nach schwerer Krankheit in Düsseldorf gestorben. Nach einer Facharbeiterausbildung in der Druckindustrie und einem Betriebswirtschaftsstudium wurde er Anfang der 1970er-Jahre Mitarbeiter der Bildungsstätte Springen (Taunus), bevor er in die Abteilung Wirtschafts- und Tarifpolitik des Hauptvorstands der IG Druck und Papier nach Stuttgart wechselte. 1975 wurde er Geschäftsführer der »Heimvolkshochschule Heinrich Hansen« in Lage-Hörste, heute ver.di-Bildungsstätte, wo er bis 1982 arbeitete. Danach war er als Unternehmens- und Betriebsräteberater aktiv.

### LESERREAKTION

Unser Leser Joachim Wrobel, der 1978 als Schriftsetzer den Meistertitel erwarb, mailte uns zur Rätselaufklärung von »Fisch/Fleisch« in Ausgabe 6/2013, Seite 16: »Ein Fisch ist ein Buchstabe, der im Handsatzkasten zwar in der richtigen Schrift liegt, aber im falschen Fach, also zum Beispiel ein A im T-Fach. Der Zwiebfisch ist der Buchstabe aus einer anderen Schrift im falschen Kasten. Das zusammengefallene Stück Satz kenne ich als »Eierkuchen.«

### KEIN GRUND FÜR EXTRAWÜRSTE

**Verleger fordern Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn für Zeitungszusteller. Die Argumente sind nicht stichhaltig.**

#### Zu teuer?

Wenn die Bezahlung der Zeitungsboten wegen des Mindestlohns um durchschnittlich 20 Prozent erhöht werden müsste, läge der Anteil der Zustellung an den Gesamtkosten der Zeitungsproduktion bei 13,7 Prozent – das wären gerade mal 2,3 Prozent mehr als jetzt. Übrigens: Die Abopreise wurden seit 2007 im Westen um 20, im Osten um fast 30 Prozent erhöht. Wären die Einkommen der Zusteller entsprechend gestiegen, gäbe es in Sachen Mindestlohn viel geringeren Handlungsdruck.

#### Bloß ein Zuverdienst?

Auch Rentner und Minijobber arbeiten nicht als Zusteller, weil sie gerne nachts spazieren gehen. Oft kommen sie ohne den »Zusatzverdienst« schlicht nicht über die Runden.

#### Umrechnung unmöglich?

In vielen Branchen wird nach Menge bezahlt. Basierend auf der sogenannten Normleistung, kann der Stundenlohn auch für Zusteller errechnet werden. Die unterschiedlichen Bedingungen in den Zustellbezirken müssten einbezogen werden.

#### Eingriff in die Pressefreiheit?

Die Verleger argumentieren, Zeitungszustellung würde bei Einführung des Mindestlohns so teuer, dass sie in ländlichen Gebieten nicht mehr zu gewährleisten sei. Nicht nur mit Blick auf den Anteil der Zustell- an den Gesamtkosten ist das Unsinn. Hier wird in bloßem Gewinninteresse politischer Druck ausgeübt. Nach dieser Argumentation könnten wahlweise auch die Löhne der Drucker, Kosten für Papier und Nachrichtenagenturen oder die Lkw-Maut als »Gefährdung der Pressefreiheit« deklariert werden. Das ist absurd!

## PORTRÄT



# »Ich wollte mich wehren«

Die Widerstandskämpferin und Gewerkschafterin Henny Dreifuss erzählt

*Sie war 13 Jahre lang ehrenamtliche Landesfrauenleiterin und Landesvorstandsmitglied der IG Druck und Papier in Nordrhein-Westfalen, eine engagierte Gewerkschafterin, Journalistin, Kommunistin. Henny Dreifuss wurde mit neun Jahren als Jüdin und Tochter eines Sozialdemokraten ins französische Exil getrieben, war Mitglied der Résistance, erlebte die Deportation Tausender Juden aus ihrer Heimat Mannheim. Ihre Familie verlor sie in den Mordfabriken Auschwitz und Majdanek. Druck+Papier hat die Düsseldorferin kurz vor ihrem 90. Geburtstag besucht.*

Henny Dreifuss frischt gerade ihr Französisch auf. »Andere machen Kreuzworträtsel«, lacht die hochgewachsene Frau mit der glatten Haut und den klaren, blauen Augen. »Ich habe bemerkt, dass mein Alltagsfranzösisch schlechter wird.« Sie hat einen Neffen in Frankreich, mit dem sie sich unterhalten will. Einst sprach sie »wie eine Französin, ich musste es ja als Schulkind im Exil lernen.« Die Familie war politisch interessiert und engagiert, das Judentum spielte kaum eine Rolle, nach der Synagoge ging es samstags zu den Naturfreunden: »Als alle 1933 noch sagten, ›das wird schon nicht so schlimm mit dem Hitler«, wusste mein Vater, dass es schlimm werden würde.«

Nach Straßburg war Le Havre die zweite Exilstation; man war bitterarm, der Vater arbeitslos, die Familie sortierte für ein paar Centimes Hülsenfrüchte, »wie im Märchen«. Henny lernte nach Abschluss der Schule mit 15 Jahren Friseurin, »weil ich eine Arbeit wollte, bei der es Trinkgeld gab.«

## Hals über Kopf von einem Exilort zum anderen

Nach dem Überfall der deutschen Truppen 1940 wurden die deutschen Emigranten zu »feindlichen Ausländern« erklärt; man internierte alle, derer man habhaft werden konnte. Nach Gurs am nordwestlichen Pyrenäenhang wurden auch über 6.000 Mannheimer Juden gebracht, bevor sie ab 1942 in die Gaskammern deportiert wurden. Familie Dreifuss zog Hals über Kopf von Le Havre aus in den Süden; man trennte sich, Henny fand in Limoges Arbeit in einem Kinderheim, in dem sich politisch und rassistisch verfolgte Helferinnen um Kinder von Flüchtlingen und Exilanten kümmerten. Das junge Mädchen holte mit Hilfe der Schweizer Arbeiterhilfe immer wieder Kinder aus dem Lager Gurs heraus, diesem »Vorhof zur Hölle«, um sie im Kinderheim zu pflegen. Die Erinnerungen tun weh: »Ich habe das ganze Elend gesehen. Die Kinder konnten zum Teil nicht mehr laufen, waren drei, vier Jahre alt.« Oft wurden die Kleinen dann

### BUCHTIPP

Antje Dertinger,  
*Auf Wiedersehen in Manhattan*,  
epubli GmbH, Berlin 2013,  
228 Seiten, 17,70 Euro,  
ISBN 978-3-8442-4718-3.

Der Tatsachenroman über das Lager Gurs enthält auch ein ausführliches Interview mit Henny Dreifuss.



nachts von der Polizei wieder aus dem Heim herausgeholt. Die Rettungsaktionen waren »ein Tropfen auf den heißen Stein«, nur einige wenige Kinder überlebten versteckt in französischen Familien. »Es gab auch Hilfsbereitschaft, gute Menschen, wie überall«, sagt Henny Dreifuss. »Meine Großmutter, die kein Französisch konnte, wurde von Nonnen, wahrhaft heiligen Frauen, versteckt und überlebte.« Und eine Nachbarin in Le Havre rettete das zurückgelassene Familiensilber vor der plündernden Wehrmacht, indem sie behauptete, es sei ihres. Henny Dreifuss hütet es bis heute.

### Wer keine Angst hatte, war eher eine Gefahr

Im Kinderheim bekam die politisch sozialisierte Deutsche durch Kommunistinnen aus Österreich und Polen Kontakt zur Résistance: »Ich wollte zu denen gehören, die sich wehrten.« Sie wohnte mit einer polnischen Kameradin zusammen – Tonja, deren Mann in Spanien kämpfte. Gemeinsam versteckten sie eine von der Gestapo gesuchte österreichische Genossin, Maria: »Wir wohnten eigentlich nicht, wir hausten bei einem Bauern in der Abstellkammer.« Mit Tonjas Tochter hat Henny noch Kontakt. Ihre Erinnerungen sind sehr klar, detailliert: »Wir haben Nägel in die Wand gehauen, an die wir unsere Kleider hängten, weil wir keine Schränke hatten.«

Wegen ihres perfekten Französisch wurde Henny Dreifuss von den französischen Widerstandskämpfern mit falschen Papieren bei der Wehrmacht eingesetzt. »Wir wollten wissen, was die Soldaten dachten, ob sie an Hitler zweifelten, ob sie an den Endsieg glaubten oder nicht, damit wir sie auf unseren Flugblättern entsprechend ansprechen konnten.«



Sie bekam Arbeit als Putzfrau (»ich konnte gar nicht putzen«) bei den Besatzern; als »Marguerite Barbes« kam sie so in jedes Büro, belauschte Gespräche, »stellte dumme Fragen in schlechtem Deutsch.« Ja, sie hatte Angst. »Wer keine Angst hatte, war gefährlich.« Aber sie war auch »forsch und energisch«.



Die 20-Jährige erlebte im September 1944 die Befreiung in Lyon, war am 8. Mai 1945 in Paris. Erst danach

erfuhr sie von der Ermordung ihrer Familie. Überlebende Verwandte emigrierten nach Israel, in die USA, sie selber ging nach eineinhalb Jahren in den USA bei ihrer Großmutter zurück nach Deutschland. »Die USA waren nicht mein Land.« Sie arbeitete als Sekretärin, bei der Berlitz-School, wurde Journalistin, lange Jahre in der Pressestelle der DKP in Düsseldorf.

### Ein Buch zu Lebzeiten käme ihr affig vor

Vor allem aber engagierte sie sich, Mitglied seit 1955, in der IG Druck und Papier als Landesfrauenleiterin für die Gleichstellung der Frauen: »Wir kümmerten uns vor allem um die Frauenschulung.« Zu ihren Erfolgen zählt sie die Steigerung des Frauenanteils unter Vertrauensleuten und Betriebsräten: »Die IG Druck

und Papier war nicht frauenfeindlich, als der Franz Vorsitzender war.« Franz Kersjes, langjähriger Landesvorsitzender, erinnert sich lebhaft an seine Vorstandskollegin: »Zweifelsfrei war sie mit ihrem gewerkschaftlichen Engagement sehr erfolgreich und überzeugend. Sie hat bei sehr vielen Kolleginnen, aber auch bei vielen Kollegen, Zuspruch und Unterstützung gefunden. Ihre Lebensgeschichte und ihr politisches Engagement haben mich sehr beeindruckt. Sie war absolut zuverlässig, ehrlich, bescheiden und aufrichtig. Ganz einfach: Sie war und ist eine wunderbare Kollegin!« Henny Dreifuss begann erst nach 1984, im Rentenalter, von ihren Erlebnissen im Exil, im Widerstand, von der Deportation und Ermordung ihrer Familie in Auschwitz und Majdanek zu sprechen. Ihr 2001 verstorbener Mann Wolfgang, auch er ein Journalist, habe sie immer gedrängt, über ihr Leben zu berichten, »als Mahnung«. »Ich hätte vielleicht mehr und früher darüber erzählen können«, sagt sie heute, »aber ich war nach dem Krieg ziemlich kaputt und ich wollte mit anderen ein demokratisches Deutschland schaffen.«

Sie wollte »in der Gegenwart leben«, engagierte sich gegen Berufsverbote, für Ostermärsche. Bis heute ist sie DKP-Mitglied. »Das hängt mit meiner Vergangenheit zusammen und ich entschuldige mich nicht dafür«, sagt sie bestimmt.

Sie war als Zeitzeugin in Schulen, in den Erzählcafés von Seniorenheimen gefragt, berichtete im Hörfunk. Jetzt mag sie nicht mehr, obwohl sie häufiger als früher an die Vergangenheit denkt. Ihre Trauer um die geliebten Toten wird im Alter heftiger: »Ich sitze dann da und heule.« Sie wird keine Autobiografie schreiben. Eine befreundete Journalistin von der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes) will ihr Leben aufschreiben, sichtet ihr Archiv, lässt sich erzählen. Die Freundin hat versprochen, das Buch nicht zu Lebzeiten von Henny Dreifuss zu veröffentlichen. »Das käme mir so affig vor«, sagt die. Im April 2014 wird Henny Dreifuss 90 Jahre alt. **ULLA LESSMANN**

### MELDUNGEN

#### Weiter ohne Stock: Horst Wisotzki feierte seinen 90.

»Im Kopf ist noch alles intakt«, lacht Horst Wisotzki kurz vor seinem 90. Geburtstag am 15. Januar. Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende beim Hagener Westdruck ist legendär geworden, als seine Kollegen nach einer fristlosen Kündigung 1968 für ihn streikten. Die Westdrucker – für ihren Widerstandsgeist bis heute gerühmt – und ihr Betriebsratsvorsitzender



Foto: Jürgen Seidel

kämpften 1976 entschlossen gegen die Schließung ihres Betriebes, letztlich vergeblich. Aber Wisotzki weiß, was ihm wichtig war: »Wir haben um unsere Arbeitsplätze gekämpft und gingen erhobenen Hauptes.«

Der rhetorisch begabte Gewerkschafter wurde Sekretär beim Hagener DGB, war viele Jahre Vorsitzender des Ortsvereins der IG Druck und Papier, deren Bezirksvorsitzender und Mitglied im Landesbezirksvorstand. In seinem Wohnort Hagen-Haspe war er Bezirksvorsteher, Sozialdemokrat ist er bis heute, schaut noch ab und zu bei den SPD-Senioren vorbei.

Er geht auch noch »ohne alles« zu den Treffen der ver.di-Senioren, obwohl ihm seine Söhne »einen Stock andrehen wollen«. Im Hause lebt sein jüngster Sohn und kümmert sich um den nach 58 Jahren Ehe verwitweten Vater.

Der Jubilar und gelernte Schriftsetzer hat sich nie etwas vorschreiben lassen – die erste von zwei fristlosen Kündigungen damals handelte er sich wegen Arbeitsniederlegungen gegen die Notstandsgesetze ein. Und er will immer noch wissen, »was um einen rum passiert«. - U.L.



Henny ist Patin für drei Stolpersteine in der Mannheimer Goethestraße – für Mutter, Vater und Bruder Bernhard.

## MELDUNGEN

**KBA baut Stellen ab**

Der Würzburger Druckmaschinenhersteller Koenig & Bauer (KBA) kündigte im Dezember an, 1.000 bis 1.500 Stellen zu streichen, um aus den roten Zahlen zu kommen. Eine Neuausrichtung sieht die Schaffung eigenständiger Produktionseinheiten für die Segmente Bogen, Rolle, Fertigung und Siebdruck vor. Wachstum ist im Spezialmaschinengeschäft, etwa für Blechdruck und Wertpapiere, geplant. »Personalanpassungen« wurden vor allem im Bereich Bogenoffset- und Rollenmaschinen angekündigt. Alle fünf europäischen Standorte – neben Würzburg, Radebeul und Frankenthal auch Werke in Österreich und Tschechien – würden einbezogen, Verlagerungen oder Verkauf nicht ausgeschlossen.

**Konjunktur eingeschätzt**

Dank des Weihnachtsgeschäfts 2013 schätzte die Druck- und Medienindustrie laut Bundesverband bvdM die aktuelle Lage eher positiv ein. Rund die Hälfte der für das Konjunkturtelegramm befragten Firmen urteilten befriedigt – das entsprach etwa dem Vorjahresstand. Die Erwartungen liegen weiter im negativen Bereich.

**Beschäftigte sollen Werk retten**

Schaupp Rollenoffset in Schwäbisch Hall bleibt erhalten. Das Werk, das ab 2014 die emissionstechnischen Auflagen nicht mehr erfüllt, erhält eine thermische Nachverbrennungsanlage und Investitionen in den Maschinenpark. Die 26 fest angestellten Beschäftigten des zur Waiblinger Wurzel Mediengruppe gehörenden Werkes üben dafür drei Jahre lang erheblichen Entgeltverzicht. Wenigstens sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen.

## SPEKTRUM

# Teufelsmauer, Schwanenzeichen, Pflanzengarten

*Im Papiermuseum der Lebenshilfe in Weddersleben gehen Besucher auf eine Zeitreise zum Mitmachen*

»Heute wird geschöpft!«, heißt es. Die Gruppe steht erwartungsvoll vor den Plastikbottichen, den »Bütten«. Zuvor wird noch ein kleiner Holländer gezeigt, Vorläufer industrieller Papiermaschinen. Dann geht es los. Rein mit dem Sieb in die zellstoffgesättigte Maische, ein, zwei Mal anheben und gut abtropfen lassen. Nun kann das künftige Büttenpapier sorgfältig abgestreift und mit dem Handballen ein Muster eingearbeitet werden. Susanne und Thomas aus den Papierwerkstätten der Lebenshilfe machen es langsam vor. Dann dürfen die anderen. Ab und zu wird korrigiert: »Erst schräg halten und beim Ablegen ganz oben fassen und hier unten festhalten!« Am Ende holt Museumsleiter Herbert Löbel noch ein Sieb mit Wasserzeichen. Steinmassiv, Ähre und Schwan stehen für Weddersleben. Zwei handgeschöpfte Bögen mit den Wappen entstehen exklusiv. Thomas verpackt das noch feuchte Besucher-geschenk zwischen saugfähigen Karton. Alle anderen Bögen werden vor Ort getrocknet. Klappkarten sollen

daraus entstehen. Wer immer sich anmeldet für einen Workshop oder auch für einen lehrreichen Vormittag in Familie, als Betriebsausflügler oder Seniorengruppe: Hier dürfen alle an die Bütt. Auf dem Gelände der früheren Papiermühle kann nicht nur in die Geschichte eingetaucht, sondern auch selbst gegautscht werden. Alles auf historischem Grund.

**Zu Nutz und Frommen**

Einem kleinen Nebenarm der Bode ist die Geschichte zu danken und später auch dem Holzreichtum des Harzes. In Weddersleben, direkt neben der Teufelsmauer, einer sagenumwobenen, bizarren Felsformation, gibt es eine mehr als 450 Jahre währende Papiermachertradition. Der Flecken im Osthaz, zwischen Thale und Quedlinburg beherbergte bereits im Mittelalter mehrere Mühlen. Eine davon, eine Papiermühle, ist seit 1549 urkundlich belegt: Graf Ulrich von Regenstein und Blankenburg erteilte einen Erbzinsbrief über die Mühle und den Wassergraben »samt aller zugehörigen« an den Papiermacher Friedrich Durigke. Der wurde angewiesen, Papier zu mahlen und den Besitz zu seiner Nachkommen »nutz und frommen« zu »gebräuchen«. Durigke hielt sich daran, wie nachfolgende Prinzipale. Seit dem frühen 18. Jahrhundert konnten sie sich auf ein Lumpensammelprivileg berufen, das ihnen die Rohstoffe für ihr Handwerk sicherte – noch wurde Papier ausschließlich aus Hadern hergestellt. Für den Hadernschneider, die mecha-



Museumsschef Herbert Löbel zeigt Pergamente

nischen Hammer- und Stampfwerke zur Zerkleinerung der Lumpen, war der Mühlgraben willkommene Antriebsquelle, funktionierte allerdings nur bis zum Frost. Papiermachen war Saisonarbeit. Rieszeichen – Drucke zur Kennzeichnung der Ware – und Wasserzeichen aus Weddersleben sind in alten Chroniken bewahrt. Schwanepapier von hier habe sogar den Preußenkönig begeistert. Lediglich die Transportkosten sollen den Alten Fritz bewogen haben, bei Eberswalde seine eigene Papiermanufaktur bauen zu lassen.

Fünf, sechs Jahre mussten Papiermacher seinerzeit lernen, bevor sie es zum Gesellen brachten. Und die standen dann 13 bis 16 Stunden pro Tag an der Bütt. 300 handgeschöpfte Blätter waren die tägliche Norm, nur wenige Prozent Gewichtstoleranz zulässig. Später erleichterten Maschinen die Arbeit. Die Wälder des Harzes, vor allem das dortige Fichtenholz, waren Voraussetzung für eine regelrechte Blütezeit der Papiermacherei. Über 40 Papiermühlen in der Region befriedigten den wach-



Fotos (4): Nora Paunsdorff

senden Bedarf. Holzschleifereien und Zellulosefabriken kündeten bald vom technischen Fortschritt. Mit dem berühmten Chemieprofessor Alexander Mitscherlich zusammen unternahm der damalige Wedderslebener Papiermachermeister Rudolf Keferstein im nahen Ermsleben Zellulosekochversuche. Um 1900 war der Familienbetrieb an der Teufelsmauer zu einem Anwesen mit mehreren Hallen und hohem Schornstein herangewachsen. Die große Dampfmaschine erzeugte Licht und Strom für Kollerstoffsortierer, Papiermaschine, Querschneider und Packpressen. Die wurden inzwischen von Industriearbeitern bedient, die Packpapiere und Faltschachtelkartons herstellten.

1949 verkaufte Besitzersohn Ludwig Keferstein die Fabrik an das Land Sachsen-Anhalt. Im volkseigenen Betrieb wurden Packpapier und farbige Papierhüllen gefertigt. Die Umstellung auf Strukturtapete kam 1981. Raufaser aus den Vereinigten Papierfabriken Ostharz bestand fast vollständig aus aufbereitetem Altpapier, war patentiert und in der gesamten DDR sehr begehrt. Als die Treuhand 1990 auch in Weddersleben das Sagen hatte, empfahl man den Harzer Tapetenproduzenten – auch mit Blick auf die Konkurrenzfirma Erfurt & Sohn aus Wuppertal – künftig etwas anderes zu machen.

Etwas anderes wurde es auch: Man besann sich, dass in den Papierfabriken bereits seit Jahrzehnten Menschen mit Handicap beschäftigt und gut integriert waren. Ihnen widmete man sich fortan ganz und richtete auf dem Gelände um den Wedderslebener Mühlgraben geschützte Werkstätten für Behinderte ein.

### *Experimentieren erlaubt*

20 Millionen DM Fördermittel wanderten in Um- und Neubauten, in den Aufbau der Lebenshilfe Harz-Kreis Quedlinburg. Natürlich sollte es neben Holz-, Metall- und Plastikverarbeitung auch Papierwerkstätten geben. Dafür sorgte schon der ehemalige Betriebsleiter Herbert Löbel. Heute werden in der Kunstwerkstatt Büttenpapiere auch in außergewöhnlichen Formaten, Kunstkarten, Schreibmappen, Fensterbilder oder Leuchten aus Büttenpapier hergestellt, im Manufakturbetrieb entstehen vor allem aber hochwertige Klemmmappen.

Als seinerzeit beim Abriss der alten Tapetenhalle ganz alte Gemäuer zum Vorschein kamen, stand für Löbel fest: Wir machen ein Papiermuseum. Im heutigen Museumsbau sind Teile des Papiermacherhauses von 1830 integriert. Auf dem Außengelände wurde ein Mühlrad rekons-

truiert. Man erstand aus den umliegenden Papierfabriken – kaum eine hat die Wende überlebt – Spezialmaschinen und Gerätschaften. In einem Papierpflanzgarten, der auch als »grünes Klassenzimmer« genutzt wird, wachsen inzwischen Schilf und Seidenbast, im Sommer auch Papyruspflanzen.

»Die meisten Exponate für das Museumsinnere habe ich in fast 50 Jahren selbst zusammengetragen«, so Herbert Löbel. Wasserzeichen zählen dazu. Ganze Kollektionen solcher »geheimer Zeichen« aus Weddersleben wurden schon ausgestellt. Einige Leihgaben stammen aus Archiven, etwa der Quedlinburger Stiftsbibliothek. Einiges im Museum ist neu, denn es soll ein lebendiges sein. Es profiliert sich als Bildungsstätte und vermittelt Wissen über die klassischen »Beschreib-Stoffe« Papyrus, Pergament und Papier. Auf »Harzer Papyrus« aus Maisstroh in hoher Qualität ist man stolz hier, fertigt aber solchen auch aus Spargelschalen, wenn Schulklassen sie zum Experimentieren mitgebracht haben. Wie Brennessel-Papier hergestellt wird oder solches mit Seegrass, kann man bei einem Rundgang erleben. Oder man bringt Kinder und Zeit mit und macht einen ausführlichen Workshop »Vom Baum zum Buch«.

**NORA PAUNSDORFF**

### MELDUNGEN

#### **Übernahme bei Wellpappefabrik**

Thimm Verpackung mit Hauptsitz im niedersächsischen Northeim übernimmt zum 1. Februar die Wellpappefabrik in Lohhof von Reka. Der Verkauf soll Arbeitsplätze sichern und diene der Standortkonzentration. Die 114 Beschäftigten in Lohhof müssen trotzdem bangen: Thimm Verpackung hat bereits angekündigt, bis 2016 eine Wellpappefabrik neuester Generation zu bauen, die Lohhof mittelfristig ersetzen werde.

#### **DASA mit Rekord**

Die DASA Arbeitswelt Ausstellung in Dortmund (siehe D+P 5/2013) wurde im 20. Jahr ihres Bestehens 2013 von 175.000 Interessierten besucht. Ein Rekord wurde mit 122.000 Besuchern in der Dauerausstellung erzielt. 2014 öffnen neue Sonderschauen. »Die Profis« zeigt Menschen in gefährlichen Berufen, wie Gerüstbauer, Kampfmittelräumer oder Rennfahrer. Diese Ausstellung ist bis zum 27. April geöffnet und kann auch zum »Familientag« am 23. März besichtigt werden. Ab Mitte Juni widmet sich mit »Tempo, Tempo« eine Schau dem Wettlauf mit der Zeit. [www.dasa-dortmund.de](http://www.dasa-dortmund.de)

#### **Das Letzte**

Print punktet nach wie vor auch bei der »Generation Facebook«. Gedruckte Zeitungen, Zeitschriften und Bücher seien »absolut zeitgemäß«, finden sechs von zehn Befragten einer Studie, die über 1.000 Personen zwischen 15 und 30 Jahren erfasste. Das Buch schlage nach wie vor das E-Book, stellte Defacto Research aus Erlangen fest. Selbst in puncto Werbung läge Gedrucktes vorn. 70 Prozent der jungen Onlinenutzer befürworteten sogar die Aussage »E-Mail-Werbung nervt«.



Das Museum Papiermühle Weddersleben ist dienstags bis donnerstags von 9.30 bis 12.00 Uhr geöffnet. Es können Workshops und Führungen für Gruppen ab fünf Personen vereinbart werden:  
Tel. 03946/9810-130,  
[info@lebenshilfe-hz-qlb.de](mailto:info@lebenshilfe-hz-qlb.de)

## NEUHEITEN

## Instant-Häuser aus Papier

Immer wieder werden Menschen ganzer Regionen in Kriegs- und Krisengebieten oder nach Naturkatastrophen obdachlos und brauchen Notunterkünfte. Müssen das immer Zelte sein? Ein gemeinsames Forschungsprojekt der Fachbereiche Chemie, Architektur und Maschinenbau der Technischen Universität Darmstadt konzipierte eine faltbare Unterkunft aus Papier: stabil und wetterfest, einfach aufbaubar. Den Bewohnern soll schnell ein Gefühl von Ordnung sowie etwas Privatsphäre zurückgegeben werden. In Papier? Es werde noch zu wenig als interessanter Werkstoff gesehen, so Professor Samuel Schnabel vom Fachbereich Papierfabrikation der TU. »Gerade Papierhersteller, die innovative Lösungen suchen, interessieren sich für unser Projekt«, zeigt sich sein Kollege Markus Biesalski, Experte für Papierchemie, optimistisch. Ariel Auslender, Bildhauer und Professor für Plastisches Gestalten (Foto, rechts), sah eher solche Schwierigkeiten: »Die Häuser sollen vor Ort aufploppen, also rein intuitiv und ohne große Anleitung aufgebaut werden können.« Auch dass sie faltbar sein müssen, war eine große Herausforderung für die Architekturstudierenden, die ein Semester lang tüftelten. Das »Instant Home«, wie das Projekt genannt wird, soll zusammengefaltet in einen Container passen. 2014 wird nun ein Prototyp gebaut, mit dem Temperaturtests gemacht werden. Dann sind – nicht nur für tragende Elemente – erneut speziell die Chemiker gefragt. Experimentieren mit verschiedenen neuen Beschichtungen steht an. Es wird also schon noch etwas dauern bis zum ersten praxistauglichen Instant-Haus.



Foto: TU Darmstadt / Junker

## Lebende Tapeten

Tapete hat mit Mode zu tun, unbestritten. Aber mit Psychologie? Auf der Einrichtungsmesse imm cologne 2014 wurden gerade die neuen Kollektionen deutscher Hersteller vorgestellt, aber auch in einem »Tapetenhaus« Ergebnisse einer tiefenpsychologischen Studie zu Käufertypen und Tapetenmustern gezeigt. Das Deutsche Tapeten-Institut hatte die Untersuchung in Auftrag gegeben. Sie ergab: Menschen ließen sich nicht mehr so leicht wie noch vor 20 Jahren in Käuferkategorien aufteilen. Doch wurden vier »Wohntypen« mit einer »typologischen Tapeten-DNA« herausgefiltert: Wilde Kreative, Pragmatiker, Prestigebewusste und Unbekümmerte. Ihnen wurden komplett tapezierte Lebensräume zugeordnet. Allerdings, so die Studie, seien die Grenzen auch fließend. Wie man sieht ...

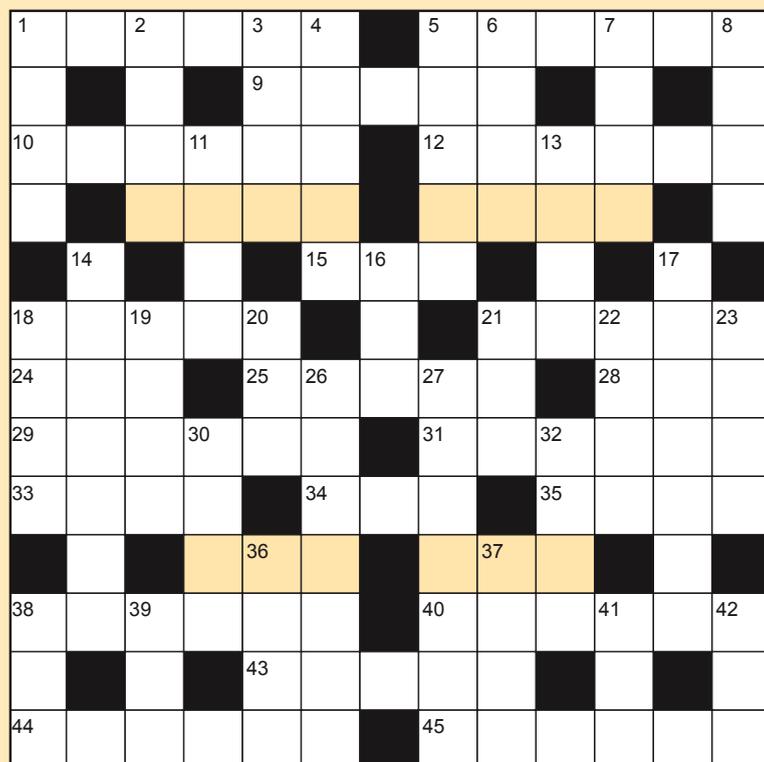


Foto: DTI

## PREISRÄTSEL

**Waagrecht:** 1 Gestalt aus »Der Freischütz«, 5 Werbeschlagwort, Wahlspruch, 9 offenes Abflussrohr, 10 Zoll, Zollamt (franz.), 12 Sportrunderboot, 15 Komponist der Oper »Die Zauberflöte«, 18 ital. Dichter, † 1321, 21 Abstreicher beim Druck, 24 Schweizer Kanton, 25 Fehlbetrag, 28 Westeuropäer, 29 Verbrauch, Verzehr, 31 Einheit der elektrischen Stromstärke, 33 Haushaltsplan, 34 Vorfahr, 35 Landschaft in Saudi-Arabien, 38 Lärminstrument, 40 Buchstabe (lat.), 43 unverdientes Glück (ugs.), 44 grober Fehler, 45 Bericht, Mitteilung.

**Senkrecht:** 1 Richter in islamischen Ländern, 2 Gespenstertreiben, 3 asiatischer Wasserbüffel, 4 Hüne, 5 Imbiss, 6 Nebenfluss der Donau, 7 Abflugsteig (engl.), 8 Schelm, Tor, 11 Karpfenfisch, 13 Gemahlin des Zeus, 14 gelbroter Pflanzenfarbstoff, 16 Träger von Erbanlagen, 17 Hunderasse, 18 englisch für Herzog, 19 weibl. Vorname, 20 Laufvogel, 21 europäische Hauptstadt, 22 grobkörniger Sand, 23 inhaltslos, 26 Kunst oder Sport ausübender Laie, 27 Leiter der Bundesregierung, 30 Singvogel, 32 Rolle in einem Theaterstück, 36 Ackerkrume, 37 Hast, 38 Landspitze, 39 Baumteil, 41 das Ich (lat.), 42 Teil eines Bühnenstücks.



An unserem neuen DRUCK+PAPIER-Preisrätsel können wieder alle verdi-Mitglieder teilnehmen. Bei dem Lösungswort handelt es sich um die Bezeichnung für einen inzwischen ausgestorbenen Beruf im graphischen Gewerbe. Bitte das Lösungswort auf einer Postkarte oder über das Internet ([www.drupa.de](http://www.drupa.de), bitte dort unbedingt die vollständige Postadresse angeben!) bis zum **10. März 2014** senden an:

**Redaktion DRUCK+PAPIER**  
c/o verdi-Bundesvorstand  
Stichwort Preisrätsel  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

Unter den Einsender/innen der richtigen Lösung verlosen wir – unter Ausschluss des Rechtswegs – folgende Preise:

- 1. Preis:** verdi-Urlaubsgeld in Höhe von 100 Euro in bar
- 2. und 3. Preis:** je ein handgemachter Klemmbinder aus den Wedderslebener Werkstätten (siehe S. 14/15)
- 4. bis 6. Preis:** je ein Kilogramm verdi-Kaffee aus fairem Handel
- 7. bis 9. Preis:** je ein roter verdi-USB-Stick



Die **Auflösung** des Rätsels und die Namen der **Gewinner/innen** veröffentlichen wir in der nächsten Ausgabe.